



Jan Langlo, VSPB-Direktor

[FINANZPLATZ](#) Dienstag, 22. Dezember 2020 16:13

Jan Langlo: «Schlecht informierte Genossen»

Die SP will mit einer Initiative den Schweizer Banken eine Grüngeld-Strategie verordnen. Deren Überlegungen würden jedoch auf Fehlannahmen und Vereinfachungen beruhen, findet Jan Langlo, Direktor der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken, in einem Beitrag für *finews.ch*.

Von Jan Langlo, Direktor der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken, [VSPB](#)

«Rund ein Viertel des Weltvermögens wird hier verwaltet», zitierte kürzlich der [«Tages-Anzeiger»](#) die Argumentation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP). In Tat und Wahrheit wird in der Schweiz ein Viertel des grenzüberschreitenden Vermögens verwaltet, was ungefähr 2'500 Milliarden Franken entspricht – und das ist imposant.

Aber die weltweiten «Assets under Management», das heisst alle verwalteten Vermögenswerte, beliefen sich Ende 2019 auf mehr als [104'000 Milliarden Dollar](#), was rund 100'000 Milliarden Franken entspricht. Davon wurden «nur» [3'900 Milliarden Franken](#) in der Schweiz verwaltet.

Ohne Auftrag an die Bank

Die andere Hälfte des gesamten, in der Schweiz deponierten Geldes wird entweder nicht investiert, oder direkt vom Kunden verwaltet, ohne Auftrag an eine Bank. Deshalb würde die SP-Initiative höchstens 4 Prozent des Weltvermögens beeinflussen, und nicht 25 Prozent.

«Heute investiert der Schweizer Finanzplatz viermal mehr Mittel in Firmen, die Strom aus fossilen Quellen wie Kohle und Gas erzeugen, als in Produzenten von erneuerbarem Strom». Auch das ist nicht korrekt. Gemäss [Swiss Sustainable Finance](#) waren Ende 2019 rund 1'163 Milliarden Franken in nachhaltigen Anlagen investiert. Das sind 30 Prozent der oben genannten 3'900 Milliarden Franken, drei Mal mehr als 2017 und 16-mal mehr als 2014.

Spiegelbild der Realwirtschaft

Warum wird nicht noch mehr in nachhaltige Anlagen investiert? Einfach, weil es noch viel mehr Unternehmen gibt, die der Umwelt schaden, als «grüne»! Der Finanzplatz ist ein Spiegelbild der Realwirtschaft; dort muss die nachhaltige Transformation starten. Der Finanzplatz kann Innovationen unterstützen, jedoch nicht «braune» in «grüne» Aktiven umwandeln, die es (noch) nicht gibt.

Die Banken sollen zwölf Monate nach einer allfälligen Annahme des Volksbegehrens die Wertpapiere all jener Unternehmen abgestossen haben, «*die Umsätze mit der Förderung fossiler Brennstoffe oder der Stromproduktion mit fossilen Brennstoffen erzielen*», wie die SP weiter schreibt. Abstossen bedeutet verkaufen, und um zu verkaufen, braucht man einen Käufer... der den Preis nach unten drücken wird, und sich weniger um die Nachhaltigkeit seiner Anlagen als in der Schweiz kümmert!

Verluste für Pensionskassen

Solche massiven Verkäufe würden nur zu Verlusten für die Kunden und die Pensionskassen führen, und wo soll dann dieses Geld investiert werden, um Erträge zu erzielen, Erträge, die zum Beispiel unsere Renten langfristig finanzieren sollen? Es ist wohl zielführender, Unternehmen in ihrer Transition in ein nachhaltiges Geschäftsmodell zu unterstützen, statt von heute auf morgen auf Renditenquellen zu verzichten.

Es muss auch klar unterschieden werden zwischen der Finanzierung von Unternehmen und dem Handel von Wertschriften. Durch den Verkauf einer Aktie verliert keine Unternehmung Geld; wenn dies jedoch massenhaft geschieht, können sich die Kreditkosten einer Unternehmung verteuern, was letztlich zum Konkurs führen kann... verlassene und nicht gewartete Kohlebergwerke oder Ölquellen sind wohl nicht das, was sich die Sozialdemokraten vorstellen...

Sollen nur noch die Grossbanken entscheiden?

Die echte Finanzierung kommt aus Kapital- oder Anleiheemissionen, nicht aus dem Handel von Aktien oder Obligationen. Emissionen sind kein Geschäft für Privatbanken, die nur Vermögen verwalten. Und will die SP-Führung wirklich, dass die Universalbanken die Nachhaltigkeitsbedingungen für eine Hypothek oder einen Kredit bestimmen, oder sollte es nicht eher generelle Regeln geben?

Zu bedenken ist schliesslich, dass Banken Intermediäre zwischen den Kunden und den Kapitalmärkten sind. Privatbanken investieren die Gelder ihrer Kunden, und nicht die eigenen. Banken können zwar Finanzprodukte mit den nachhaltigsten Unternehmen anbieten, kaufen müsse diese jedoch die Kunden. Natürlich ist es möglich, die Kundenberater in Sachen Nachhaltigkeit auszubilden, so dass sie entsprechende Finanzprodukte besser verkaufen können.

Sie werden weniger auf Nachhaltigkeit achten

Doch am Ende des Tages entscheiden die Kunden, in welche Produkte sie investieren wollen. Selbst wenn die Bank mit der Verwaltung beauftragt wird, gibt der Kunde die Instruktionen, wieviel Risiko er eingehen und in welchen Anlagenklassen er investieren will. Und nur soviel Geld kann zum Beispiel in Produzenten von erneuerbarem Strom

investiert werden, bevor der Preis ihrer Aktien zu hoch ist – oder neue Produzenten geschaffen werden.

Meine Gedanken werden die SP-Führung kaum davon abhalten, ihre Initiative zu lancieren. Aber «alles Schmutzige in einem Jahr zu verkaufen» bringt nichts Gutes: Die «schlechten» Unternehmen werden weiter bestehen; ihre neue Aktionäre und Gläubiger werden weniger auf die Nachhaltigkeit achten, und unsere Pensionskassen und die Kunden der Schweizer Banken werden Verluste erleiden. So werden sie grün... vor Wut!

Jan Langlo ist Inhaber des Genfer Anwaltspatents und diplomierter Steuerexperte. Er begann seine berufliche Laufbahn als Steuerexperte bei Lenz & Staehelin, wechselte dann zur Kanzlei Oberson & Associés, bevor er 2007 als Rechts-und Steuerberater zu Pictet stiess. Im Januar 2014 wechselte er als stellvertretender Direktor zur [Vereinigung Schweizerischer Privatbanken](#) (VSPB). Seit Juli 2015 ist er als Direktor für die VSPB tätig. In dieser Funktion vertritt er die Interessen der Vermögensverwaltungsbanken. Er ist gleichzeitig Geschäftsführer der [Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers](#).